

Der Untergang der WestLB

von Rüdiger Sagel

Milliardengrab wieder offen – Abzocke durch CDU-Politiker Merz und Investmentbank

Die WestLB war einmal die größte Bank Deutschlands. Größenwahn, Inkompetenz und eine verhängnisvolle Politik haben sie in den Ruin getrieben. Alle Voraussagen der LINKE für die WestLB haben sich nach und nach bestätigt. Erneut haben sich nun weiteren Milliarden Altlasten der angeschlagenen WestLB angesammelt. Doch die Salamtaktik geht weiter: Das Land NRW, und damit die SteuerzahlerInnen, sollen in Kürze wohl schon wieder für Sicherheiten von voraussichtlich mindestens fünf Milliarden Euro aufkommen und der noch von der CDU/FDP Landesregierung beauftragte Abwickler der Bank Friedrich Merz (CDU) kassiert derweil weiter seine Millionen. Diesem Treiben weitgehend tatenlos zu schaut die seit 2010 regierende SPD/Grüne Landesregierung.

Doch diesmal ist alles noch etwas anders. In wenigen Tagen werden die Spitzen der deutschen Finanzpolitik nach Brüssel reisen, um die Zukunft der WestLB abschließend zu klären. Wie schon so oft in den letzten Jahren, in denen sie das marode Geldhaus immer wieder mit Steuer-Milliarden vor der Pleite gerettet haben. Zum Ärger der Brüsseler „Wettbewerbshüter“.

Aber diesmal gibt es nichts mehr wirklich zu verhandeln. Denn die Vorgabe für das Gespräch ist knallhart: Die Bank soll abgewickelt werden. Das Institut soll etwa auf ein Viertel, eine sogenannte Verbundbank für die NRW-Sparkassen, schrumpfen. Große Teile sollen verkauft, d.h. privatisiert, werden. Risikobehaftete Papiere sollen erneut in die vom Bund unterstützte und Land sowie den Sparkassenverbänden und Landschaftsverbänden finanzierte, erste Abwicklungsanstalt (EAA) ausgelagert werden. Im Gespräch ist die Auslagerung von wertlosen oder nicht marktfähigen Papieren in einer Größenordnung von bis zu 170 Milliarden Euro.

Werden die EU-Auflagen nicht erfüllt, muss die WestLB so viele Rettungs-Milliarden zurückzahlen, dass sie es nicht überlebt. Welche Chancen sich die WestLB selbst noch ausrechnet, drückte noch kürzlich Finanzvorstand Hans-Jürgen Niehaus aus. Er hat schon mal gekündigt. Im Gegensatz dazu ist die Zukunft für mindestens 4000 MitarbeiterInnen der WestLB völlig unklar. Denn es wird davon ausgegangen, dass nur rund 500 beim geschrumpften Viertel der Bank verbleiben können und rund 1000 Beschäftigte im Zuge von Teilverkäufen den Arbeitsplatz

wechsell werden.

Für die zum Verkauf stehende WestLB werden jetzt die Würfel fallen. Mit den Stichtagen für konkrete Kaufangebote und einen neuen Sanierungsplan steht bei der angeschlagenen Landesbank eine abschließende Richtungsentscheidung an. Die WestLB steht vor dem endgültigen k.o. Schlag.

Das Desaster, das DIE LINKE immer wieder festgestellt hat, wird nun endgültig bestätigt. Das Ausmaß der Krise bei der WestLB ist noch viel größer ist, als bereits bekannt war. Privatisierung, Zerschlagung und Aufspaltung der Landesbank, dies alles wird nun Realität. Das komplette Versagen der ehemaligen CDU/FDP-Landesregierung unter Ministerpräsident Rüttgers und Finanzminister Linssen hat letztlich zum Ende und Milliardenverlusten bei der Bank geführt. Doch insbesondere die SPD und auch die Grünen, mit Ex-Bauminister Vesper, waren bereits vor 2005 und jetzt erneut an dem Desaster beteiligt. Zu den Schrottpapieren im nominalen Wert von 23 Milliarden Euro, die bereits unter mehr als fragwürdigen Umständen nach Irland zu "Phoenix Light" ausgelagert wurden, kamen noch weitere Papiere, so dass insgesamt nominal über 70 Mrd. Euro ausgelagert wurden. Dabei wurden bereits über 4 Milliarden Euro als Sicherheiten der öffentlichen Eigentümer - Land NRW, Landschaftsverbände sowie Sparkassen - gegeben. Doch die Milliardenspirale drehte sich immer weiter. Auch jetzt sind weitere, bis zu zweistellige Milliarden Euro Beträge, als Finanzhilfen nicht mehr ausgeschlossen.

DIE LINKE wollte und will alle Vorgänge und Verantwortlichkeiten, die zu diesem Finanzdesaster geführt haben, vollständig klären. Bereits im Februar 2009 hat die LINKE deshalb das erste Mal einen Untersuchungsausschuss gefordert. Doch ohne Unterstützung aller anderen Fraktionen, die alle tief in die WestLB Krise verstrickt sind, geht das nicht. Auch jetzt muss endlich ein Untersuchungsausschuss zur vollständigen Aufklärung der Vorgänge bei der WestLB eingerichtet werden. Doch auch SPD und Grüne verweigern sich. Dabei geht es auch um die Manager- und Aufsichtsratschaftung. Außerdem müssen die Konsequenzen für die Kommunen, Landschaftsverbände und Sparkassen genau geprüft werden.

Denn die WestLB darf nicht zur Beute der Finanzhaie werden. Doch auch die SPD/Grüne-Landesregierung schafft hier bisher keine wirkliche Transparenz und zieht keine ernsthaften Konsequenzen aus dem Finanzdesaster. Im Gegenteil: Milliarden für die WestLB, Spardiktate in den Kommunen und Sparpolitik in Düsseldorf, diese Spirale droht sich nun unter SPD und Grünen fortzusetzen.

Zudem gibt es eine unverschämte Millionenbedienung bei der WestLB, dem die SPD/Grüne Landesregierung bisher weiter zusieht. Die Kanzlei von Friedrich Merz erhielt allein 2010 von der WestLB rund zwei Millionen Euro und die Investmentbank Morgan Stanley bekam 3,6 Millionen Euro. Eine unverschämte Bedienung bei der WestLB mit Millionen, die selbst die hartgesottene

Bankenkonkurrenz fassungslos macht.

Wenn jetzt selbst die Bankenkonkurrenz, die selber kaum Skrupel kennt, reihenweise den Kopf schüttelt, sagt dies alles. Hier wurde die angeschlagene WestLB von abgezockten Typen wie Friedrich Merz zur Beute genommen. CDU und FDP haben den Deal eingestilt und SPD und Grünen haben dem Treiben regungslos zugeschaut ohne Einzugreifen. Es ist unerträglich, dass im laufenden Jahr das offensichtliche Treiben weiter geht. Demzufolge liegt bereits eine Teilrechnung von 200 000 Euro für die Verkaufsberater vor und weitere Rechnungen werden erwartet. Dass Merz' eigene Anwaltskanzlei Mayer Brown sowie Morgan Stanley diese Zahlen nicht kommentieren wollen spricht Bände. Von der Landesregierung muss hier endlich Transparenz erwartet werden.

Besonders skandalös ist zudem, dass neben dem Millionenbetrag für Morgan Stanley, ein "Meilenstein-Honorar" zwischendurch von rund vier Millionen Euro gezahlt wurde. Dies allein schon dafür, dass die Bank ein 300 Seiten Verkaufsprospekt schrieb. Neben dem Vertrag mit Merz muss auch der Vertrag mit Morgan Stanley, die nun den Verkauf der WestLB-Einzelteile organisieren sollen, sofort beendet werden. Denn dafür soll die Investmentbank erneut eine zusätzliche Vergütung erhalten. Die WestLB Story geht weiter, ein neues Kapitel folgt.

Das Ende - und wie es dazu kommen konnte

"Gentlemen, the WestLB-Saga must come to an end." Mit diesen Worten hatte EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes die WestLB-Unterhändler schon vor drei Jahren begrüßt. Die WestLB habe "ein falsches Geschäftsmodell" und werde deshalb "immer mehr Staatsbeihilfe" brauchen. Ihr Nachfolger Joaquin Almunia will dies Urteil so schnell wie möglich vollstrecken. Die Situation sei "unzumutbar für den Steuerzahler", sagte er noch im November 2010. Deutlicher kann man es kaum sagen: Brüssel ist mit seiner Geduld am Ende.

Worüber soll man sich mehr aufregen? Über die unfassbaren Milliarden-Summen an Steuergeldern, die das Haus seit seiner Gründung vor 42 Jahren verbrannt hat? Über die Mischung aus Unfähigkeit und Fahrlässigkeit, mit der Manager und Eigentümer der Bank das Desaster in immer neue Dimensionen geschraubt haben? Dass erst Brüssel die Spirale stoppen muss? Über die Selbstverständlichkeit, mit der dem Steuerzahler die Lasten der Skandal-Bank aufgebürdet werden, weil sie dem Land fast zur Hälfte gehört? Dass die Verantwortlichen trotzdem Traumgehälter und Millionen-Abfindungen kassieren? Oder darüber, dass bis heute niemand sagen kann, wie schlimm es noch kommt?

„Das kann man jetzt nicht kalkulieren“, antwortet der derzeitige NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) auf die Frage, wieviel Geld das marode Geldhaus den Bürger im schlimmsten Fall noch kostet. Für ihn steht nur fest: "Jedenfalls ist die WestLB derzeit im Landeshaushalt das Risiko mit dem größten Gewicht". Wer dieses Risiko ausrechnen will, muss sich durch ein Gestrüpp von Gesetzen, Verträgen, Modellrechnungen und Eigentümer-Verhältnissen quälen. Um am Ende doch nur ein "Ungefähr" in den Händen zu halten. Aber selbst dieses "Ungefähr" ist so heiß, dass es öffentlich kein Politiker aussprechen will. Schließlich wird ja immer noch ein Käufer für die WestLB gesucht. "Zehn Milliarden", so munkelt man im NRW-Finanzausschuss, können es noch werden. Eine Zahl, die auch der Bund der Steuerzahler in NRW nennt. Hinzu kommen die mindestens drei Milliarden Euro an zusätzlichem Eigenkapital, die im Laufe der Jahrzehnte aus dem Landesvermögen in die WestLB geflossen sind. Würde man diesen Betrag aus 500-Euro-Noten aufschichten, wäre der Turm mehr als einen Kilometer hoch.

Eine lange Geschichte verfehlter Finanzpolitik

Als der schmalgesichtige Christoph Gleske sich bei einem Meeting im Dezember 1995 in Brüssel zu Wort meldet, ahnt er nicht, dass er Wirtschaftsgeschichte schreiben wird. Der damals 27-jährige Jurist ist nur für ein paar Monate Praktikant in der Generaldirektion für Wettbewerb, der mächtigsten Behörde in Brüssel. Die hohen Herren schlagen sich gerade mit einem Rüffel aus Frankreich herum, weil sie Staatshilfen für die Credit Lyonnais nur unter harten Auflagen genehmigen wollen. Jetzt müssen sie zeigen, dass sie alle Länder gleich streng behandeln. Gleske hat gerade eine Doktorarbeit über den Wettbewerb unter deutschen Banken geschrieben und weiß um die staatlichen Garantien, mit denen Deutschland seine Landesbanken absichert. Was hier "Anstaltslast" und "Gewährträgerhaftung" heißt, bedeutet im Klartext: Deutsche Landesbanken können niemals Pleite gehen. Weil der Staat für sie bürgt. Darum bekommen sie günstiger als alle anderen Geld und können es günstiger weiterverleihen.

Die Beamten sind begeistert. Gleske soll seinen Vortrag ausformulieren und liefert drei Tage später 14 Seiten und ein paar Tabellen ab. Das folgenschwerste Papier, das jemals von einem Praktikanten verfasst worden ist. Brüssel beschließt das Ende der Gewährträgerhaftung.

Allerdings nicht sofort. Im Jahr 2002 einigt die EU-Kommission sich nach jahrelangem Streit mit der deutschen Politik auf eine dreijährige Schonfrist bis 2005. Die Landesbanken sollen Zeit bekommen, sich auf die neue Situation einzustellen. Aber was als Entgegenkommen gemeint war, entpuppt sich als Fluch: Denn aus Angst vor der Zukunft saugen die Landesbanken sich jetzt noch

einmal bis zum Limit mit billigem Geld voll. "Das war money for nothing", erinnert sich ein WestLB-Banker, "wir wären ja blöd gewesen, das nicht zu nutzen". Rund 400 Milliarden Euro haben sich die Institute zwischen Kiel und München in diesen drei Jahren besorgt, 44 Milliarden davon soll alleine die WestLB aufgesammelt haben. Milliarden, mit denen die Landesbanken eigentlich gar nichts anzufangen wussten. Und die dann in jene riskanten Papiere geflossen sind, die ihnen heute zum Verhängnis werden.

Money for nothing - Billiges Geld billig weiterverleihen – das war ein bombensicheres Geschäft. Aber jetzt musste die WestLB sich etwas Neues einfallen lassen. Das so genannte Kreditersatzgeschäft wurde geboren. Was unter WestLB-Chef Friedel Neuber angefangen hatte, trieb sein Nachfolger Jürgen Sengera auf die Spitze. Mit den frischen Milliarden im Rücken fühlte man sich stark genug für das Haifischbecken der ganz Großen. Über aufwändige Filialen in New York, London und Tokio finanzierte die WestLB Pipelines in Ecuador, britische Pubs, das Wembley-Stadion und die absurde Idee eines Unternehmens namens Boxclever, das ausgerechnet Fernseher vermieten wollte. Boxclever ging Pleite – und die WestLB hing mit bis zu 1,35 Milliarden Euro drin. Die Börsenaufsicht warf den Managern Fahrlässigkeit und Untreue vor, 2003 musste fast der gesamte Vorstand inklusive Sengera zurücktreten.

"Der hatte ganze Teams von hochbezahlten Spezialisten eingekauft" erinnert sich ein Ex-WestLB-Banker, der zu dieser Zeit für die Bank in London gearbeitet hat. Er will wie fast alle Ehemaligen anonym bleiben. Schließlich lebt die Branche von Diskretion. "Das Problem war: Der ganze Haufen wurde überhaupt nicht koordiniert." Es habe keine Standards für die Risiko-Bewertung gegeben. Nicht genug Know-How in der Düsseldorfer Zentrale, um die großen Deals gegenzurechnen. "Die Investmentbanker haben die WestLB nicht ernst genommen und umgekehrt", beschreibt der Ex-WestLBler seine Eindrücke von damals.

Das zweite Standbein des "Kreditersatzgeschäftes" war der Eigenhandel. Wie ein Privatanleger, der ein paar Tausend Euro übrig hat, spekulierte die WestLB an der Börse. Nur, dass es bei der WestLB ein paar Hundert Millionen Euro waren. Auch das ging schief. Am 10. April 2007 musste die WestLB Verluste im Eigenhandel mit Aktien von rund 600 Millionen Euro einräumen. Drei Monate später trat mit Thomas Fischer der nächste Chef ab.

Alles Peanuts im Vergleich zu dem, was dann kam. Denn wie viele Banken hatte auch die WestLB Unsummen in komplizierte Wertpapiere von einer Sorte investiert, deren genaue Konstruktion "weltweit allenfalls ein Dutzend Spezialisten durchschaut haben", wie der Ex-WestLBler sagt. Es ging um wackelnde Immobilien-Kredite aus den USA, die mit vermeintlich stabileren Krediten zu riesigen Sträußen gebündelt und wie ein Kettenbrief weiterverkauft wurden. 2007 schrillen alle Alarmglocken. Die Immobilienblase in den USA platzt und setzt eine weltweite Kettenreaktion in

Gang, an deren Ende eine Weltfinanzkrise steht. Die Deutsche Bank riecht den Braten als eine der ersten und steigt aus. Für die Düsseldorfer IKB Bank und die Sachsen LB ist es schon zu spät. Auch, als die beiden Wettbewerber praktisch schon bankrott sind, bleibt die WestLB noch auf ihren Papieren sitzen und hofft auf die Erholung der Märkte – bis die heiße Ware gänzlich unverkäuflich ist.

Eigentlich muss die Bank jetzt Milliarden abschreiben. Das verkraftet sie aber nicht. Deshalb erlaubt ihr die Politik, die runiösen Papiere in gesonderte Giftschränke auszulagern, für die alle Eigentümer bürgen. Die Sparkassen, die WestLB selbst und der Staat – also der Steuerzahler. Die WestLB trägt das Manöver mit drei Milliarden Euro, NRW bürgt mit weiteren 8,5 Milliarden, die Sparkassen mit 5,5 Milliarden. "Zieht man den Anteil der Sparkassen ab, haften die Bürger in NRW also mit knapp 800 Euro pro Kopf für dieses Geschäft", hat Heiner Cloesges vom Bund der Steuerzahler in NRW ausgerechnet. In welchem Umfang die Bürgschaften fällig werden, wird man erst in Jahrzehnten wissen – so langfristig sind die Verpflichtungen der WestLB. Nach Cloesges Schätzung wird bis Ende 2011 die erste Milliarde weg sein. Geld, das dem Land für Kindergärten, Schlagloch-Reparaturen, Polizisten und Lehrer fehlt.

Um zu verstehen, warum die Landespolitik dem Treiben über Jahrzehnte zugeschaut hat, muss man wohl schon mal in einem WestLB-Privatjet gesessen haben. So wie der ehemalige NRW-Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) oder sein damaliger Finanzminister Heinz Schleußer. 1999 tauchen Fluglisten auf, die belegen, dass die WestLB der Landespolitik reichlich unbürokratisch unter die Arme gegriffen hat. Regelmäßig buchten die politischen Granden über das Sekretariat des WestLB-Chefs ihre Tickets – in gut zehn Jahren 102 Mal. Darüber hätte die SPD beinahe die Landtagswahl im Jahr 2000 verloren. Was in gewisser Hinsicht ungerecht gewesen wäre, denn auch andere Regierungen wussten "ihre" Landesbank durchaus zu nutzen. Nicht nur als Reisebüro.

Die WestLB - "Nordrhein-Westfälischer Imperialismus"

Immer wieder wickelte die WestLB für die Staatskanzlei Industriepolitik ab, organisierte die Fusion von RWE und VEW, von Hoesch und Krupp, von Horten und Kaufhof, machte aus dem Montan-Riesen Preussag den Reise-Riesen TUI und verhinderte mit einem völlig überzogenen Gegenangebot den Verkauf des Ferienfliegers LTU nach Frankreich. Zeitweilig sprach Altbundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) mit Blick auf die WestLB sogar von einem "nordrhein-westfälischen Imperialismus". Dabei ging es in anderen Bundesländern ganz ähnlich zu. Allerdings reden nur wenige so offen darüber wie die ehemalige Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD), die

einmal zugab, in guten Zeiten "wie besoffen" vom Erfolg der Kieler Landesbank gewesen zu sein.

Obwohl auch ihnen die WestLB etwa zur Hälfte gehört, halten die Sparkassen sich schadlos. Rolf Gerlach, Präsident des westfälisch-lippischen Sparkassenverbandes, macht keinen Hehl aus seinem Amtsverständnis: Er will, dass die Sparkassen möglichst ungeschoren davonkommen. So hat er immer schon mit Argusaugen darüber gewacht, dass die WestLB den Sparkassen auch in ihren besseren Zeiten nicht die Kundschaft abwirbt. "Stell dich quer, dann bist du wer", beschreibt er sein Lebensmotto. So durfte die WestLB auch in größter Not ihre Tochter WestImmo nicht verkaufen – das Gebot schien den Sparkassen zu klein. Auf dem Gerichtsweg wollen sie mehr Zeit für die WestLB erstreiten und legen sich immer wieder offen mit Almunia an.

Doppelzüngigkeit der Sparkassen

Umgekehrt haben die Sparkassen wichtige und heute profitable Teile aus der WestLB herausgelöst: Mit der LBS zum Beispiel die größte Landesbausparkasse der Republik. Und den Anteil der Bank an der Provinzial-Versicherung. Auch dieser Ausverkauf hat die WestLB-Manager in riskante Börsenspekulationen getrieben. Deshalb ist im Düsseldorfer Landtag oft auch von der Doppelzüngigkeit der Sparkassen die Rede. So forderte der damalige Landesfinanzminister Helmut Linssen (CDU) die Sparkassenverbände schon einmal in einem persönlichen Brief auf, ihrer "besonderen Verantwortung" auch "durch den Rückgriff auf Vermögen" nachzukommen. Im Hinblick auf die WestLB erinnerte Linssen die Sparkassen an die "Folgen einer Untätigkeit".

Als ob man diesen Vorwurf nicht ebenso der Landespolitik machen könnte. Dem Steuerzahler helfen die gegenseitigen Schuldzuweisungen allerdings wenig. Für ihn ist die Geschichte der WestLB eine Geschichte von Schulden und Sühne. Die WestLB hat die Schulden. Sühnen müssen sie die BürgerInnen von Nordrhein-Westfalen.

Die Stunde der Entscheidung

Für die WestLB naht die Stunde der Entscheidung. Nach derzeitigem Notfallplan soll die drittgrößte deutsche Landesbank zu einer reinen Sparkassen-Zentralbank für die gut 100 kommunalen Kreditinstitute in Nordrhein-Westfalen werden. Damit bliebe die Option für eine Fusion mit einer anderen Landesbank zu einem späteren Zeitpunkt bestehen.

Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen befürchtet bei einer Zerlegung und teilweisen

Veräußerung der WestLB „immense“ finanzielle Folgen für den Haushalt. Ohne eine spürbare Beteiligung des Bundes an den hohen Folgekosten könne eine „partielle Abwicklung“ nicht erfolgreich umgesetzt werden, geht aus internen Sitzungsprotokollen der Verhandlungsgruppe von Sparkassenverbänden, Landesregierung und Bundesbehörden zur Zukunft der WestLB hervor.

Die möglichen Belastungen werden in den Unterlagen konkret benannt. Erstens: ein Anspruch des Rettungsfonds Soffin aus dem Veräußerungs- und Liquidationserlös in Höhe von drei Milliarden Euro. Zweitens: ein Anspruch des Förderinstituts NRW Bank in Höhe von 2,2 Milliarden Euro aus der sogenannten Buchwertgarantie im Haushaltsgesetz des Landes. Drittens: eine Bilanzbelastung der landeseigenen NRW Bank über 2,5 Milliarden Euro aus früheren Arbeits-, Freistellungs- und Pensionsverträgen für Mitarbeiter der WestLB. Eine Sprecherin des NRW-Finanzministeriums wollte die Informationen nicht kommentieren.

Das Land ist über die NRW Bank der größte Einzelaktionär der WestLB, die beiden Sparkassenverbände im Rheinland und in Westfalen-Lippe halten zusammen gut 50 Prozent der Anteile. Die Düsseldorfer Landesbank musste in der Finanzkrise schon einmal mit milliarden schweren Hilfen der Eigentümer gerettet werden. Im Gegenzug verhängte die EU-Kommission strenge Auflagen. Bis zum 15. Februar erwartete EU-Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia einen „wirklich letzten“ Sanierungsplan und ein tragfähiges Geschäftsmodell. Das Land NRW will laut den Unterlagen im anstehenden Endspurt der Verhandlungen „politische Positionen“ formulieren. So soll für die Abwicklung der unverkäuflichen Geschäftsbereiche ein Zeitraum von „zumindest zehn Jahren“ definiert werden.

Der politische Streit der Interessen

Die Brüsseler EU-Kommission ist nicht gut auf die Düsseldorfer Staatsbank WestLB zu sprechen. Die Kommission kämpft für mehr Marktwirtschaft im Bankensektor. Die WestLB aber findet immer neue Wege, sich an Brüssel vorbei mit Geld aus der deutschen Staatskasse zu versorgen. So habe die WestLB toxische Papiere – also Kredite und andere Wertpapiere, die stark im Wert gefallen sind – rückwirkend zum 1. Januar 2010 „eher zum Buch- als zum Marktwert“ in ihre Bad Bank ausgelagert, heißt es in der EU-Kommission.

Das bedeutet: Die Schrottpapiere im Volumen von 77,5 Mrd. Euro wurden mit einem Wert angesetzt, den viele bei einem Verkauf nie erzielen können. Dadurch entlastet die WestLB ihre eigene Bilanz. Bereits 2008 wendete sie diese Methode an und konnte deshalb statt eines hohen Verlusts 18 Mio. Euro Gewinn ausweisen.

Die Bad Bank selbst legte gestern ihre erste Bilanz vor – mit tiefroten Zahlen. Versprochen war der Öffentlichkeit ein Ende mit Schrecken. Doch nun wird daraus ein Schrecken ohne Ende: Allein in den ersten sechs Monaten 2010 musste die Bad Bank der WestLB wegen der Risikovorsorge für drohende Verluste ein Minus von einer Milliarde Euro verkraften. In den nächsten Jahren drohen Belastungen von sechs Milliarden Euro.

Das Kernproblem: Die Garantien für die toxischen Papiere in dem betroffenen Portfolio („Phoenix“) reichen nur für Verluste über fünf Mrd. Euro. „Phoenix“ umfasst vor allem Papiere aus der US-Immobilienkrise. Schon die bisherigen Garantien und Kapitalspritzen gehen der EU-Kommission zu weit. Damit habe die öffentliche Hand der WestLB „ein Geschenk“ gemacht, heißt es. Die beiden Sparkassenverbände, die derzeit gut 50 Prozent an der WestLB AG halten, seien grundsätzlich bereit, im Zuge der Sanierung der Bank teilweise oder ganz aus dem Aktionärskreis auszusteigen, hieß es aus Verhandlungskreisen.

Wie während eines Treffens der Eigentümer in Düsseldorf bekannt wurde, würde das Land NRW im Gegenzug die Risikoabschirmung der problematischen Wertpapiere der Landesbank garantieren. Vorgesehen sei die Gründung einer Zweckgesellschaft, in die strukturierte Finanzprodukte im Volumen von mindestens 20 Mrd. Euro ausgelagert werden sollen. Für Verluste von bis zu zwei Mrd. Euro würden die bereits gemachten Kapitalzusagen der Eigentümer herangezogen, für darüber hinausgehende Forderungsausfälle und die Bereitstellung von Liquiditätslinien würde das Land eine Bürgschaft übernehmen. Für diesen „breiten Risikoschirm“ bekomme das Land als Sicherheit die Anteile der Sparkassen zu Vorzugskonditionen. Ob das Vorhaben letztlich an den Preisvorstellungen noch scheitern könnte, blieb zunächst offen. „Das Land will die Anteile praktisch geschenkt“, hieß es von Verhandlungsteilnehmern. Andererseits habe das Land klargemacht, dass die Sparkassen nicht zum Nulltarif aus der Haftung entlassen werden könnten.

Unklar ist noch, ob sich die beiden Sparkassenverbände aus dem Rheinland und Westfalen-Lippe ganz aus dem Aktionärskreis zurückziehen. „Die Sparkassen hätten nichts dagegen, ganz rauszugehen. Eine Minderheitsposition bringt schließlich überhaupt keine Vorteile für die Sparkassen“, hieß es im Umkreis der Verhandlungen. Das Land NRW, das 38 Prozent an der WestLB besitzt, wollte dagegen die öffentlich-rechtlichen Institute nicht ganz aus der Verantwortung entlassen. Während sich in Frankfurt die regionalen Sparkassenpräsidenten auf einer Sitzung mit dem westfälisch-lippischen Sparkassenchef Rolf Gerlach berieten, vertrat Sparkassenpräsident Michael Breuer in Düsseldorf auf einem Eigentümergespräch die Interessen der rheinischen Institute.

Die Eigentümer der WestLB hatten sich darauf verständigt, zwei Mrd. Euro frisches Kapital zur Stabilisierung der Bank zu geben, davon ist eine Milliarde für den Verlustausgleich des

Geschäftsjahres 2007 reserviert. Die große Zweckgesellschaft soll alle Papiere – wahrscheinlich auch die der WestLB-Vehikel Harrier und Kestrel – möglichst bis zur Endfälligkeit halten, um „fire sales“ – also Notverkäufe zu schlechten Preisen – zu verhindern. „Die gut 20 Mrd. Euro werden nicht alle ausfallen, sondern nur ein Teil davon“, sagte ein Insider. Mit den bisher bereitgestellten zwei Mrd. Euro werde man aber sicherlich auch nicht hinkommen. Hochrangigen Kommissionskreisen.

Auf Umwegen organisiert sich die Bank dauernd neues Staatsgeld. Es handele sich dabei um staatliche Beihilfen, die nicht genehmigt seien. Brüssel will mit neuen Auflagen reagieren: „Die Bank muss noch kleiner werden als bislang angepeilt“, so EU-Kommissionskreise.

Die Düsseldorfer haben sich selbst in eine ausweglose Position manövriert. So sprachen WestLB und BayernLB ihre Fusionspläne nicht mit Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia ab. Der hat nämlich den Verkauf der WestLB angeordnet. Eine Fusion führe „nicht automatisch“ zur Wiederherstellung der „langfristigen Lebensfähigkeit“ der Bank, sagt Almunia, begründe also einen neuen, womöglich noch größeren Bedarf an Steuergeld.

Berlin ist gewarnt, das Brüssel der WestLB womöglich komplett die Geschäftsgrundlage entzieht. Der Generaldirektor der EU-Wettbewerbsbehörde, Alexander Italianer, schrieb in einem vertraulichen Brief an das Finanzministerium: „Wir haben wiederholt deutlich gemacht, dass ein Verkauf der Bank ohne weitere tiefgreifende Umstrukturierung nicht geeignet ist, die Vereinbarkeit mit den EU-Beihilferegeln herbeizuführen.“ Die WestLB habe bislang nicht bewiesen, dass sie ein dauerhaft tragfähiges Geschäftsmodell entwickeln kann, so der EU-Beamte.

Die aktuelle Lage nach Berlin und Brüssel

EU-Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia hat die Eigentümer der Bank aufgefordert, alle Detailfragen der Kommission zu beantworten. Danach wolle sie über die vom Land NRW, den Sparkassen und dem Bund entwickelten Modelle entscheiden. Erste Gespräche mit Almunia haben bereits stattgefunden. Die meisten Nachfragen habe die Kommission zum Verbundbank-Modell gestellt, das eine Aufspaltung vorsieht.

Die WestLB-Eigner und der Bund hatten der Kommission drei Optionen für die Zukunft der WestLB vorgelegt. Als sichere Variante gilt nun eine Aufspaltung. Dabei würde aus der Landesbank eine Verbundbank der Sparkassen, die sich auf das Geschäft mit den Sparkassen konzentriert. Angedacht ist eine Bilanzsumme von 40 bis 45 Milliarden Euro. Die Bilanzsumme der WestLB beläuft sich derzeit auf rund 220 Milliarden Euro. Weitere Teile der Bank könnten an Investoren

weiterverkauft werden und die übrigen Bereiche in die bereits bestehende Bad Bank der WestLB ausgelagert werden.

Zur Diskussion mit der Kommission steht aber immer noch, wenn das Verbundbank Modell nicht gesichert ist, ein Verkauf der gesamten Bank, der Finanzkreisen zufolge aber als wenig aussichtsreich gilt. Schließlich liegt ein Szenario auf dem Tisch, das eine Verkleinerung der Bilanzsumme des Instituts um ein weiteres Drittel bis zum Jahr 2015 vorsieht. Auch die Umsetzungschancen für dieses Modell werden skeptisch gesehen.

Im Streit um die Zukunft der einst drittgrößten deutschen Landesbank, die nach dem Willen der EU-Kommission drastisch verkleinert werden soll, meldet sich nun der Arbeitnehmervertretung der WestLB zu Wort. Kritik übt deren Betriebsrats-Chefin Doris Ludwig an Plänen von Sparkassen, Bund und Land, das Düsseldorfer Institut auf einen reinen Dienstleister für die rund 100 nordrhein-westfälischen Sparkassen zurecht zu stutzen und alle übrigen Geschäfte zu verkaufen oder in die Bad Bank auszulagern und abzuwickeln.

Nach einer ersten Schätzung von NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans, SPD, würden in dieser Restbank lediglich 1000 von aktuell 5000 Beschäftigten Arbeit finden. „Die kolportierte Zahl von 1000 Mitarbeitern in einer neuen Sparkassen-Verbundbank ist unverständlich und erschreckend“, erklärte Ludwig. „Völlig offen ist, welche Funktionen das Institut haben soll und ob es so drastisch verkleinert noch wirtschaftlich arbeiten kann.“

Fraglich sei ihren Angaben zufolge auch, ob dieses Institut im Mittelstandsgeschäft noch attraktiv für die Kunden sein könne. Zudem sei „erschreckender Weise völlig unklar, was in so einem Fall mit den übrigen 4000 Beschäftigten“ passiere, rügt Ludwig. Sie forderte das Management der WestLB auf, „Gespräche über Beschäftigung sichernde Maßnahmen“ zu beginnen. Doch wie diese aussehen soll ist derzeit völlig unklar.